



Und jetzt geht es weiter

Gleichberechtigung Der Frauenstreik hat gezeigt, wie breit abgestützt die Forderungen nach mehr Gleichstellung sind. Diese Kraft münzen verschiedene Zürcher Akteurinnen nun in konkrete Handlungen um.

Salome Müller, Rafaela Roth
und **Daniel Schneebeli**

War eigentlich jemand nicht dabei? Der Eindruck, Tage nach dem Frauenstreik, ist dieser: Ausnahmslos jede in Zürich, Winterthur und überall sonst in der Schweiz hat am vergangenen Freitag die Strasse eingenommen und «Gleichberechtigung, jetzt» gefordert. Und das Gefühl, das seither wächst, ist dieses: Eine solche Masse, insgesamt werden es über 500'000 Menschen gewesen sein, kann nicht falschliegen in dem, was sie verlangt – Lohngleichheit, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexible Arbeitsmodelle, Elternzeit, kein Sexismus. Dieses wuchtige Zeichen wollen nun jene nutzen, die für den Frauenstreik über Monate hinweg mobilisiert hatten. Es sind Gewerkschaften, Politikerinnen, aber auch Netzwerke, die sich eigens für den Streiktag bildeten.

Die Direktion der Justiz und des Innern nutzte den Frauenstreiktag für einen internen Workshop. «Meine Direktion setzte damit ein Zeichen, dass ihr das Thema Gleichstellung wichtig ist», sagt SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr, die nach dem ersten Frauenstreik im Nationalrat bereits die Mutterschaftsversicherung und die Fristenlösung durchgesetzt hat. Auch jetzt geht Fehr sogleich an die Umsetzung. «Einen sehr grossen Effekt in Bezug auf Gleichstellung und Diversität leisten Rekrutierungsverfahren, die auf Angaben wie Fotos, Zivilstand und Nationalität verzichten.» In den USA,

Grossbritannien oder Kanada sind anonymisierte Bewerbungen bereits Standard. Das Amt für Justizvollzug setzt flächendeckend darauf. Nun soll das Verfahren schrittweise in der ganzen Direktion mit 1800 Mitarbeitenden zum Einsatz kommen.

Auch die Forderung nach einer Frauenquote diskutierten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justizdirektion. Ziel sei eine möglichst ausgeglichene Verteilung von Frauen und Männern auf allen Hierarchiestufen. «Zur Beschleunigung des Prozesses werden Zielvorgaben Thema sein», sagt Fehr. Die konkreten Massnahmen werde sie gemeinsam mit dem Kader erarbeiten, das Ende August in Re traite geht.

Elternzeit-Initiative lanciert

Noch im Freudentaumel befindet sich das Frauenstreikkollektiv Zürich, das fast ein ganzes Jahr auf den 14. Juni hingearbeitet hat. «Das Ausmass des Streiks war selbst für uns überraschend», sagt Salome Schaerer, SP-Gemeinderätin in Uster. Das Kollektiv gönnt sich eine kleine Pause, trifft sich aber in zwei Wochen zum nächsten Vernetzungstreffen. «Wir stellen uns neu auf und entscheiden uns für die nächsten Projekte», sagt Schaerer. «Es gilt, den geschaffenen Raum zu halten.»

Von der Strasse sollen die Aktionen auf die politische Ebene wechseln. Das Streikkollektiv Winterthur etwa hat bei Passantinnen Forderungen an die Stadt gesammelt. Viele sind zusam-

mengekommen, darunter die Ausweitung des Vaterschaftsurlaubs für städtische Angestellte, der gerade erst auf 15 Tage erhöht wurde, mehr subventionierte Kita-Plätze, eine tiefere Schwelle für den Eintritt in die Pensionskasse. Das Kollektiv will die Anliegen dem Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung übergeben mit der Forderung, diese bis Ende Legislatur umzusetzen.

Dass sich politisch etwas tut, sah man gestern im Kantonsrat. Er stimmte einer Änderung des Universitätsgesetzes zu, mit der «eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter in allen Funktionen und Gremien der Universität Zürich angestrebt wird». In der Debatte wurde darauf hingewiesen, dass es nach dem Frauenstreik höchste Zeit sei, diese Forderung auch gesetzlich zu verankern. Nur die SVP war dagegen. In einem internen Verhaltenskodex der Universität ist der Gleichstellungsgrundsatz seit September 2018 verankert, ebenso die Förderung der Diversität.

Und der Elan vom Streiktag soll noch lange anhalten. Schon nach den Sommerferien bewegt sich in Zürich auch etwas punkto Vereinbarkeit: SP-Nationalrätin Min Li Marti lanciert eine kantonale Initiative für eine neunmonatige Elternzeit. «Hier ist die Schweiz Entwicklungsland – dabei ist das Anliegen Vereinbarkeit längst kein linkes mehr, sondern bewegt auch SVP-Kantonsrätinnen», sagt Marti. «Wir können nicht ewig warten, bis die alten Herren im Stände-



rat ihre Meinung ändern. Zürich muss als progressiver Kanton eine Vorreiterrolle einnehmen.» Auch das Frauenstimmrecht wurde zunächst kantonal, dann erst national eingeführt.

Ebenfalls beeindruckt zeigt sich Stadtpräsidentin Corine Mauch. «Der Frauenstreik hat gezeigt: Die Forderungen der Frauen sind breit abgestützt. Es hat mich enorm berührt, zu sehen, wie viele Frauen und Männer – gerade auch junge Menschen – sich am Freitag für die Gleichstellung aller Geschlechter eingesetzt haben», sagt Mauch. Zentrales Instrument der Stadt ist der Gleichstellungsplan. Im Auftrag des Stadtrats konkretisiert die Fachstelle für Gleichstellung zurzeit die Schwerpunkte und Ziele für 2019–2022.

Fokus: Belästigung

Ein solcher Schwerpunkt ist bereits gesetzt: «Aufgrund der kürzlichen Vorkommnisse werden wir auf Belästigungen im öffentlichen Raum fokussieren», sagt Fachstellenleiterin Anja Derungs. Nach dem Vorbild von Lausanne und Genf sind Sensibilisierungskampagnen und direkte Meldemöglichkeiten geplant.

Gut vertreten waren am Frauenstreik die Kita-Angestellten. Dieser grosse Anlass habe sie doppelt gestärkt, sagt Christine Flitner vom VPOD Zürich. Zum einen wurde noch einmal klar, wie wichtig seine Arbeit sei:

Wenn Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf fordern, unterstreicht dies auch die Bedeutung der Betreuungsangebote. Zum anderen habe man im Vorfeld des Streiks so oft über die schlechten Arbeitsbedingungen in Kitas gesprochen, dass der Handlungsbedarf offensichtlich wurde. Flitner nennt als Beispiel die Zürcher Verordnung für Kindertagesstätten, die kürzlich überarbeitet wurde. Darin würden Regelungen zu den Arbeitsbedingungen fehlen, die Gruppengrößen von 11 auf 12 Kinder aufgestockt. Eine laufende Petition der Kita-Angestellten verlangt einen Gesamtarbeitsvertrag für private Einrichtungen und eine Diskussion über den Stellen-

«Wir können nicht ewig warten, bis die alten Herren im Ständerat ihre Meinung ändern.»

Min Li Marti, SP-Nationalrätin

schlüssel. Nächsten Monat wird sie Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP) übergeben.

Auch die Kirchenfrauen seien vernetzt wie nie, geben sie bekannt, weit über die Landesgrenzen hinaus. Ein Gesprächstermin mit der Bischofskonferenz steht bereits. Ob Frauen bald Zugang

zu geweihten Ämtern haben? «Diese Frage muss auf weltkirchlicher Ebene gelöst werden», sagt der Zürcher Generalvikar Josef Annen. «Es ist gut, dass die Frauen ihre Stimme erheben und sich Gehör verschaffen.» Zusammen mit dem Seelsorgerat setzt Annen sich ein, dass Frauen Diakoninnen werden können.

Die Forderungen, welche die Frauen am 14. Juni lautstark verkündeten, sind vielfältig. Die Netzwerke sind es, zu denen sich Arbeitnehmerinnen zusammenschlossen haben. Helena Trachsel, Leiterin der kantonalen Fachstelle für Gleichstellung von Frauen und Männern, hat die Anliegen gesammelt. Im Herbst will sie möglichst alle Vertreterinnen der Netzwerke zu einem Treffen bitten. Ihr schwebt eine Kick-off-Veranstaltung vor, wo die Betroffenen, Bäuerinnen, Pflegerinnen, Journalistinnen, Kita-Angestellte, sich einbringen können. Was sie sich für die Zukunft erhoffen, ist jetzt sichtbar.

Demnächst wendet sich Gemeinderätin Elena Marti (Grüne) an die Strassenbenennungskommission. Der «Denner-Platz», so der inoffizielle Name, soll «Emilie-Lieberherr-Platz» getauft werden. Von 447 Strassen, die in Zürich an wichtige Personen erinnern, tragen nur 54 weibliche Namen. Bald könnten die Frauen sich mehr als nur die Strassen nehmen. Sie könnten ihnen Namen geben.



Vereinter Kampf: Es gilt, den geschaffenen Raum zu halten. Foto: Samuel Schachl